



# Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW 40190 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses für  
Umwelt und Raumordnung  
Herrn Klaus Strehl, MdL  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

**Landtag  
Nordrhein-Westfalen  
13. Wahlperiode**

**Neudruck  
Vorlage 13/1571  
A 19**

Dienstgebäude und Lieferanschrift:

Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf

Telefon (02 11) 45 66 - 0

Telefax (02 11) 45 66 - 388

e-mail [poststelle@munlv.nrw.de](mailto:poststelle@munlv.nrw.de)

Datum 31. August 2002

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

IV - 10 - 2202 - 6551

Bearbeitung: Herr Klähn

Durchwahl (02 11) 45 66 - 386

**Infoservice MUNLV**

e-mail [infoservice@munlv.nrw.de](mailto:infoservice@munlv.nrw.de)

Telefon (02 11) 45 66 - 666

Telefax (02 11) 45 66 - 388

## **Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des „Aktionsprogramm zur naturnahen Entwicklung der Gewässer 2. Ordnung in NRW“**

Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung vom 24.10.2001  
Landtags-Vorlage 13/1571 vom 12.07.2002

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

durch ein Büroversehen wurden Ihnen die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des „Aktionsprogramm zur naturnahen Entwicklung der Gewässer 2. Ordnung in NW“ leider ohne Anlagen übersandt.

Beiliegend übersende ich Ihnen die Gesamtfassung der Richtlinien mit Anlagen (120-fach) mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung zum Austausch der o.a. Landtagsvorlage.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

(Dr. Griese)

**Anlg.: 120-fach**



**Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen  
für Maßnahmen des  
„Aktionsprogramm zur naturnahen Entwicklung der  
Gewässer 2. Ordnung in NRW“**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz v.  
IV-10 - 2202 - 6551

- 1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage
- 2 Gegenstand der Förderung
- 3 Zuwendungsempfänger
- 4 Zuwendungsvoraussetzungen
- 5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung
  - 5.1 Zuwendungsart
  - 5.2 Finanzierungsart
  - 5.3 Form der Zuwendung
  - 5.4 Bagatellgrenze
  - 5.5 Bemessungsgrundlage
- 6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen
- 7 Verfahren
- 8 Schlussbestimmungen

**Muster 1:** Antrag auf Gewährung einer Zuwendung  
**Muster 2:** Zuwendungsbescheid  
**Muster 3:** Mittelanforderung  
**Muster 4:** Verwendungsnachweis

## **1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

Das Land gewährt den nach § 91 Landeswassergesetz (LWG) zur Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung Verpflichteten nach Maßgabe dieser Richtlinien und Verwaltungsvorschriften (VV/VVG) zu § 44 LHO Zuwendungen für Maßnahmen, die den Fördergrundsätzen des § 13 Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz – AbwAG) und des § 83 Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) entsprechen. Maßnahmen müssen deshalb der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen.

Die Gewässerunterhaltung kann von Dritten gem. § 95 Landeswassergesetz (LWG) übernommen werden.

Ein Anspruch auf Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## **2. Gegenstand der Förderung**

Gefördert werden Maßnahmen, die sich aus dem geprüften Konzept zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern (Konzept) gem. Kap. 4 der „Richtlinie für naturnahe Unterhaltung und naturnahen Ausbau der Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen“ Rd.Erl. v. 6.4.1999 (SMBl. NRW. 772) ergeben und der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen. Dabei kann es sich sowohl um Maßnahmen handeln, die im Rahmen der Gewässerunterhaltung durchgeführt werden als auch um Maßnahmen, die den Tatbestand des Gewässerausbaus gemäß § 31 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1110, ber. S. 1386) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529, ber. S. 1654), zuletzt geändert am 3. Mai 2000 (BGBl. I S. 634), erfüllen.

Dazu gehören insbesondere Ausgaben für

- 2.1 das Aufstellen und Fortschreiben von Konzepten zur naturnahen Entwicklung gem. Kap. 4 der „Richtlinie für naturnahe Unterhaltung und naturnahen Ausbau der Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen“.
- 2.2 den Ankauf von Uferstreifen im erforderlichen Umfange gem. Konzept und deren standortgerechte Bepflanzung und Pflege, soweit dadurch die Belastung durch diffuse Quellen begrenzt wird.
- 2.3 die kapitalisierte Nutzungsausfallentschädigung für private Ufergrundstücke, soweit die Belastungen durch diffuse Quellen begrenzt werden können, wenn
  - a) ein Kauf auf lange Sicht nicht möglich ist und
  - b) die Vereinbarung zeitlich unbefristet im Grundbuch abgesichert wird,
- 2.4 Maßnahmen zur Verbesserung der Strukturvielfalt im Gewässer.

### **3 Zuwendungsempfänger**

Gemeinden, Gemeindeverbände und Wasserverbände nach den §§ 91 und 95 Abs. 2 LWG.

### **4 Zuwendungsvoraussetzungen**

Die Maßnahmen der Nummer 2 dürfen nur gefördert werden, wenn

- 4.1 sie für Gewässerausbauverfahren in dem dazu erforderlichen wasserrechtlichen Verfahren zugelassen wurden,
- 4.2 sie den Anforderungen meiner "Richtlinie für naturnahe Unterhaltung und naturnahen Ausbau der Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen"  
RdErl.v. 06.04.1999 (SMBl. NRW. 772) entsprechen;
- 4.3 sie in einem Konzept zur naturnahen Entwicklung gemäß Kapitel 4 meines Runderlasses "Richtlinie für naturnahe Unterhaltung und naturnahen Ausbau der Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen" vom 06.04.1999 (SMBl. NRW. 772) dargestellt worden sind;

- 4.4 sie in einem Verfahren gemäß der Richtlinie "Naturschutz und Landschaftspflege in wasserwirtschaftlichen Verfahren und bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen" Rd.Erl. des Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 26.11.1984 (SMBl. NRW. 791) abgestimmt wurden.

## **5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**

- 5.1 Zuwendungsart  
Projektförderung
- 5.2 Finanzierungsart  
Anteilsfinanzierung
- 5.3 Form der Zuwendung  
Zuweisung/Zuschuss
- 5.4 Bagatellgrenze  
Zuwendungen unter 12.800 Euro werden nicht gewährt.
- 5.5 Bemessungsgrundlage  
Die Höhe der Zuwendungen beträgt 40 v.H. bis 80 v.H.  
der zuwendungsfähigen Ausgaben  
Die Höhe der Zuwendungen ist unter Beachtung der Nummer 2.4 der VVG zu §  
44 LHO festzulegen.

## **6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen.**

- 6.1 Der außergemeindliche Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde abweichend von Nummer 5.11 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) eine Ermäßigung der Gesamtausgaben oder eine Änderung der Finanzierung um jeweils mehr als 10 v. H. unverzüglich anzuzeigen.
- 6.2 Nach Fertigstellung der Maßnahme ist eine Abnahme durch das Staatliche Umweltamt erforderlich. Der Zuwendungsempfänger ist im Zuwendungsbescheid darauf hinzuweisen.

## 7. Verfahren

### 7.1 Antragsverfahren

Der schriftliche Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist vom Träger des Vorhabens nach Muster 1 über das Staatliche Umweltamt (StUA) der Bezirksregierung in dreifacher Ausfertigung vorzulegen.

Neben dem in Nummer 3.4 VV bzw. 3.3 VVG zu § 44 LHO geforderten Umfang ist insbesondere zu prüfen,

- ob die Maßnahme mit dem geprüften bzw. genehmigten oder planfestgestellten Ausbautwurf übereinstimmt.
- bzw. mit dem abgestimmten Konzept zur naturnahen Entwicklung gem. Ziffer 4.3 übereinstimmt.

### 7.2 Bewilligungsverfahren

7.2.1 Bewilligungsbehörden sind die Bezirksregierungen.

7.2.2 Bei Bewilligung einer Zuwendung müssen - soweit erforderlich – vorliegen:

#### 7.2.2.1 für Gewässerausbaumaßnahmen

ein von der zuständigen Behörde entsprechend den wasserrechtlichen Vorschriften zugelassener Entwurf der Gewässerausbaumaßnahme und eine Aussage zu der Gewässergüte vor und nach der Maßnahme, gegebenenfalls über die reduzierten Frachten.

#### 7.2.2.2 für Gewässerunterhaltungsmaßnahmen

ein vom Staatlichen Umweltamt geprüftes Konzept zur naturnahen Entwicklung gem. Ziffer 4.3.

### 7.3 Anforderungs – und Auszahlungsverfahren

Die Anforderung auf Auszahlung von Zuwendungen ist nach Muster 3 an die Bezirksregierung über das zuständige Staatliche Umweltamt zu richten.

### 7.4 Verwendungsnachweisverfahren

Die Zuwendungsempfänger haben den Nachweis der Verwendung nach Muster 4 dieser Richtlinie zu führen. Sofern ein Zwischennachweis zu erbringen ist, ist das Muster 2 zu Nummer 3.1 NBest–Bau zu verwenden.

Die Verwendungsnachweise sind dem zuständigen Staatlichen Umweltamt vorzulegen, das auch die baufachliche Prüfung (Nr. 12.2 VV bzw. 11.2 VVG zu § 44 LHO) durchführt. Staatliche Bauverwaltung im Sinne der Nummer 6.1 VV und VVG zu § 44 LHO ist das zuständige Staatliche Umweltamt.

#### 7.5 Zu beachtende Vorschriften.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV und VVG zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

## 8 **Schlussbestimmungen**

Diese Richtlinien treten mit Wirkung vom \_\_\_\_\_ in Kraft und mit Ablauf des 31.12.2006 außer Kraft.



An  
(Bewilligungsbehörde  
über das StUA)

**Muster 1**  
**Antrag auf Gewährung**  
**einer Zuwendung**

**Betr.:**

**Bezug:**

1 Antragsteller

Name / Bezeichnung	
Anschrift:	Straße / PLZ / Ort/Kreis
Auskunft erteilt:	Name / Tel. (Durchwahl)
Gemeindekennziffer:	
Bankverbindung:	Konto-Nr. <span style="float: right;">Bankleitzahl</span>
	Bezeichnung des Kreditinstituts

2. Maßnahme

Bezeichnung (Entwurf, Aufsteller):			
Prüfung	Datum	Behörde	AZ
Genehmigung/Planfeststellung			
Zulassung des vorzeitigen Beginns (§ 9a WHG)			
Durchführungszeitraum	von/bis		

3. Gesamtkosten

lt. beil. Kostenberechnung (DIN 276)/€	
nicht zuwendungsfähige Ausgaben/€ (Ermittlung auf besonderem Blatt, soweit bekannt)	
zuwendungsfähige Ausgaben/€ (soweit bekannt)	
Beantragte Zuwendung/€	

4. Finanzierungsplan

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)					
	20.....	20.....	20.....	20.....	20.....	Folge- jahre
	in 1 000 €					
1	2	3	4	5	6	7
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3)						
4.2 Eigenanteil (einschl. nicht zuwendungsfähiger Ausgaben)						
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)						
4.4 Sonstige beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch .....						
4.5 beantragte Zuwendung (Nr. 3/5)						

5. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich (Maßnahme)	Zuweisungen/Zuschüsse €	v.H. der zuwendungsfähigen Ausgaben
1	2	3
Summe:		

6. Begründung

6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a.: Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

#### 7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Finanzlage und Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller usw.)

#### 8. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, daß

- 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluß eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten,
- 8.2 er zum Vorsteuerabzug nicht berechtigt ~~\*)~~/berechtigt\*) ist und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),
- 8.3 die gemachten Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,
- 8.4 (außerdem bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts außer Gemeinden und Gemeindeverbänden und bei juristischen Personen des Privatrechts): er davon Kenntnis genommen hat, daß alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne § 264 Strafgesetzbuch i. V. mit § 1 Landessubventionsgesetz sind.

\*) Nichtzutreffendes streichen

9 Anlagen

a) Bauzeitplan

b) aus dem geprüften und soweit erforderlich planfestgestellten/genehmigten Entwurf: \*)

- Übersichtsplan
- Lageplan
- Längsschnitte
- Erläuterungsbericht (einschließlich der Festlegung der Hauptabmessungen)
- Kostenberechnung bzw. -schätzung

c) Bericht über den Stand der erforderlichen weiteren wasserrechtlichen Zulassungen

d) Angabe des / der vorgesehenen Vergabeverfahren(s) \*)

e) Nachweis der Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Maßnahme (Alternativuntersuchungen einschl. Folgekostenberechnung)

f) .....

.....

Ort / Datum (Rechtsverbindliche Unterschrift)

10 Ergebnis der Antragsprüfung durch das Staatliche Umweltamt (Nr. 6.8 VV/VVG zu § 44 LHO)

1. Nach Prüfung der dem Antrag beigelegten Plänen, Erläuterungen, Kostenberechnungen und sonstiger Unterlagen wird festgestellt, dass die Maßnahme den wasserwirtschaftlichen Anforderungen und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit - nicht - entspricht\*). Die fachliche Stellungnahme wurde beigelegt.

2. Berechnung der Zuwendung:

a) Gesamtkosten ..... €

b) nicht zuwendungsfähige Ausgaben ..... €

c) zuwendungsfähige Ausgaben ..... €

d) der Höchstbetrag der Zuwendung beträgt bei einem Fördersatz  
von ..... v.H. .... €

.....

(Ort / Datum) (Dienststelle/Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen

(Bewilligungsbehörde)

....., den.....  
Ort/Datum

Fernsprecher: .....

Kennziffer.....

(Anschrift des Zuwendungsempfängers)

**Zuwendungsbescheid**  
(Projektförderung)

**Betr.:** Zuwendungen des Landes NRW

**hier:** .....

**Bezug:** Ihr Antrag vom.....

- Anlg.:**
- Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (GV) - ANBest.-G -
  - Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)
  - Berufliche Nebenbestimmungen (NBest-Bau)

- Antrag

**I.**

**1. Bewilligung**

Auf Ihren v.g. Antrag bewillige ich Ihnen

für die Zeit vom ..... bis ..... (Bewilligungszeitraum)
--

eine Zuwendung in Höhe von ..... € (Höchstbetrag) (in Buchstaben ..... Euro
--

**2. Zur Durchführung folgender Maßnahme**

(Genaue Bezeichnung des Zuwendungszwecks. Als Zweckverbindungsfrist sind für Gebäude mindestens 25 Jahre und für bewegliche Gegenstände mindestens 5 Jahre vorzusehen)
--

### 3. Finanzierungsart/-höhe

Die Zuwendung wird in Form der Anteilfinanzierung in Höhe von ..... v.H.  
(Höchstbetrag siehe Zuwendungsbetrag) zu  
zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von ..... €  
als Zuweisung/Zuschuss<sup>\*)</sup> gewährt.

### 4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben <sup>\*\*)</sup>

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wurden wie folgt ermittelt:

### 5. Bewilligungsrahmen

Von der Zuwendung entfallen auf:

Ausgabeermächtigungen: .....	€
Verpflichtungsermächtigungen .....	€
davon kassenwirksam 20.....	€
20.....	€
20.....	€
20.....	€
Folgejahre .....	€

### 6. Auszahlung

Die Zuwendung wird aufgrund der Anforderungen nach den Nrn. 1.44 ANBest-G/1.4 ANBest-P ausgezahlt\*).

Dieser Bescheid ist rechtsmittelfähig. Eine Auszahlung gemäß ANBest-P/G kommt erst dann in Betracht, wenn der Bescheid bestandskräftig geworden ist (nach Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe dieses Zuwendungsbescheides). Sie können die Bestandskraft des Zuwendungsbescheides herbeiführen und damit die Auszahlung beschleunigen, wenn Sie der Bewilligungsbehörde gegenüber schriftlich erklären, dass Sie auf die Einlegung von Rechtsbehelfen verzichten.

\*) Nichtzutreffendes streichen

\*\*) nur ausfüllen, wenn beantragter und bewilligter Betrag nicht übereinstimmen oder andere Gründe die Darstellung erforderlich machen

## II.

### 1. Nebenbestimmungen

Die beigefügten ANBest-G/ANBest-P/NBest-Bau\*) sind Bestandteil dieses Bescheides. Abweichend oder ergänzend hierzu wird folgendes bestimmt:

1. Der Baubeginn und die Beendigung der Baumaßnahmen sind rechtzeitig vorher schriftlich anzuzeigen. Nach Beendigung der Maßnahme ist eine Abnahme durch das zuständige Staatliche Umweltamt erforderlich.
2. Kann die Zuwendung im Jahr der Kassenwirksamkeit nicht oder nicht in voller Höhe abgerufen werden, muss der Zuwendungsempfänger dies bis zum 31.10. eines jeden Jahres der Bewilligungsbehörde mitteilen.
3. Der Zuwendungsempfänger hat der Bewilligungsbehörde eine Ermäßigung der Gesamtausgaben oder eine Änderung der Finanzierung um jeweils mehr als 10 v.H. unverzüglich anzuzeigen.
4. Bei der Vergütung von Ingenieurleistungen ist die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung zugrunde zu legen.
5. Der Zuwendungsempfänger hat bis zum 31.10. eines jeden Jahres folgende Unterlagen vorzulegen:
  - Ergänzung der Kostenbezeichnung bzw. der Kostenanschläge nach dem neuesten Stand der Kostenentwicklung\*).
  - für längerfristige Maßnahmen (mehr als 5 Jahre Dauer) einen aktualisierten Baukostenzeitplan für die nächsten 5 Jahre\*).
6. Der Rückzahlungsanspruch ist durch Eintragung einer brieflosen Grundschuld zugunsten des Landes Nordrhein-Westfalen, vertreten durch ....., an bereitester Stelle im Grundbuch zu sichern. Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt erst, wenn die formgerechte Eintragungsbewilligung hinsichtlich der Grundschuld (gemäß § 29 GBO) nachgewiesen wird.  
(Nur aufzunehmen bei Zuwendungen über 500.000 € an außergemeindliche Zuwendungsempfänger)

### 2. Hinweis (nicht bei Gemeinden:GV)

Ich weise darauf hin, dass alle Angaben im Antrag, von denen nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des "Aktionsprogramms zur naturnahen Entwicklung der Gewässer 2. Ordnung in NRW", RdErl. des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz v. .... (SMBL.NW. ), die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich i.S. des § 264 Strafgesetzbuch i.V. mit § 1 Landessubventionsgesetz sind.

Sie sind verpflichtet, mir unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.

### 3. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der

einzulegen.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

.....  
(Unterschrift)

\*) Nichtzutreffendes streichen

**Muster 3**

.....  
(Zuwendungsempfänger)

..... den.....  
Ort / Datum

Fernsprecher: .....

An (Bewilligungsbehörde)  
über das StUA .....

**Mittelanforderung**

**Betr.:** .....  
(Zuwendungszweck)

**Bezug:** .....  
(Zuwendungsbescheid(e) vom)

Zur Finanzierung der Maßnahme wurden bewilligt:	
Bescheid vom: AZ: Kennziffer:	..... €
Bescheid vom: AZ: Kennziffer:	..... €
Bescheid vom: AZ: Kennziffer:	..... €
insgesamt	..... €



Bisherige Ausgaben:				
Ausgabengliederung	lt. Zuwendungsbescheid		lt. Abrechnung	
	insgesamt	davon zuwendungsfähig	insgesamt	davon zuwendungsfähig
	€	€	€	€
insgesamt				
bereits erhalten:				
im Haushaltsjahr 20.....			..... €	
im Haushaltsjahr 20.....			..... €	
im Haushaltsjahr 20.....			..... €	
im Haushaltsjahr 20.....			..... €	
im Haushaltsjahr 20.....			..... €	
insgesamt			..... €	
Beantragter Teilbetrag			..... €	
Restbetrag			..... €	

Der Betrag soll auf folgendes Konto überwiesen werden:

Kasse .....

Kto-Nr. ....

Bankleitzahl .....

Erklärungen des Zuwendungsempfängers:

Es wird bestätigt, dass die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den Büchern und Belegen übereinstimmen.

.....  
(Ort / Datum)

.....  
(Unterschrift)

Prüfvermerk .....

.....  
(Ort / Datum)

.....  
(Dienststelle / Unterschrift)

.....  
(Zuwendungsempfänger)

....., den.....  
Ort / Datum

Fernsprecher: .....

Kennziffer: .....

An (Bewilligungsbehörde)  
über das StUA .....

**Verwendungsnachweis**

**Betr.:** Zuwendungen des Landes NRW

**hier:** .....

Durch Zuwendungsbescheid(e) des .....			
(Bewilligungsbehörde)			
vom: .....	AZ: .....	über .....	€
Kennziffer: .....			
vom: .....	AZ: .....	über .....	€
Kennziffer: .....			
vom: .....	AZ: .....	über .....	€
Kennziffer: .....			
wurden zur Finanzierung der o.a. Maßnahme insgesamt bewilligt:			€
Es wurden ausgezahlt			insgesamt..... €

**I. Sachbericht**

(Kurze Darstellung der durchgeführten Maßnahme, u.a. Beginn, Maßnahmendauer, Abschluss, Erfolg und Auswirkungen der Maßnahme, etwaige Abweichungen vom Finanzierungsplan).

**II. Zahlenmäßiger Nachweis**

1. Einnahmen

Art [ Eigenanteil, Leistungen, Dritter, Zuwendungen <sup>1)</sup> ]	lt. Zuwendungsbescheid		lt. Abrechnung	
	€	v.H.	€	v.H.
Eigenanteil				
Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung)				
Bewilligte öffentl. Förderung durch: ..... ..... .....				
Zuwendung des Landes				
Insgesamt		100		100

2. Ausgaben

Ausgabengliederung <sup>1)</sup>	lt. Zuwendungsbescheid		lt. Abrechnung	
	insgesamt	davon zuwendungsfähig	insgesamt	davon zuwendungsfähig <sup>2)</sup>
Insgesamt				

<sup>1)</sup> Sofern der Zuwendungsempfänger die Einnahmen in der Sachakte in zeitlicher Reihenfolge und nach Buchungsstellen geordnet festgehalten hat, können die Einnahmen entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans (wie unter 1. dargestellt) summarisch dargestellt werden. Dies gilt sinngemäß auch für Ausgaben.

<sup>2)</sup> Bei einer nach Nr. 1.2 ANBest-P bzw. Nr. 1.2 ANBest-G zulässigen Überschreitung ist auf einem besonderen Blatt anzugeben, ob die Bewilligungsbehörde der Überschreitung zugestimmt hat (Datum / AZ der Zustimmung der Bewilligungsbehörde).

### III. Ist-Ergebnis

		lt. Zuwendungsbescheid/ Finanzierungsplan zuwendungsfähig	Ist-Ergebnis lt. Abrechnung
		€	€
Ausgaben (Nr. II.2)			
Einnahmen (Nr. II.1)			
Mehrausgaben	Minderausgaben		

### IV. Bestätigungen

Es wird bestätigt, dass

- die Allgemeinen und Besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden,
- die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Büchern und Belegen übereinstimmen,
- die Inventarisierung der mit der Zuwendung beschafften Gegenstände - soweit nach § 37 GemHVO vorgesehen - vorgenommen wurde.

.....  
(Ort / Datum) .....  
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

### V. Ergebnis der Verwendungsnachweis-Prüfung durch das Staatliche Umweltamt (Nr. 6.8 VVG/Nr. 6.9 VV)

Der Verwendungsnachweis wurde baufachlich geprüft. Auf Grund stichprobenweiser Überprüfung der Bauausführung und der Rechnungsbelege wird die Übereinstimmung der Angaben im Verwendungsnachweis mit der Baurechnung und mit der Örtlichkeit bescheinigt. Die baufachliche Stellungnahme ist beigelegt.

.....  
(Ort / Datum) .....  
(Dienststelle / Unterschrift)

### Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde (Nr. 11.2 VVG/Nr. 12.2 VV)

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine - die nachstehenden - Beanstandungen.

.....  
(Ort / Datum) .....  
(Unterschrift)